



Der Minister

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, 40190 Düsseldorf

18 Januar 2013

Seite 1 von 1

An die  
Präsidentin des  
Landtags Nordrhein-Westfalen  
Frau Carina Gödecke MdL  
Platz des Landtags 1

Telefon 0211 871-2017

Telefax 0211 871-162017

40221 Düsseldorf

Für den Innenausschuss - 60fach



**Sitzung des Innenausschusses am 10. Januar 2013**

TOP 1, Entwurf des Haushaltsgesetzes 2013

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

in der Sitzung am 10. Januar hatte ich den Mitgliedern des Innenausschusses angeboten, die Eckpunkte des Haushaltsentwurfs für den Einzelplan 03 ergänzend in schriftlicher Form zur Verfügung zu stellen.

Dem komme ich hiermit nach.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Jäger MdL

Haroldstr. 5, 40213 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01

Telefax 0211 871-3355

poststelle@mik.nrw.de

www.mik.nrw.de

### **Kerndaten**

Das Ausgabenvolumen ist von 4.861,41 Mio. EUR um 49,84 Mio. EUR auf 4.811,57 Mio. EUR reduziert. Die Personalausgaben steigen um rund 46,3 Mio. EUR, im Sachhaushalt sind rund 96,1 Mio. EUR weniger veranschlagt als im vorherigen Haushalt.

### **Personalausgaben**

Den um rund 46,3 Mio. EUR höheren Personalausgaben liegen folgende Faktoren zugrunde:

- *Strukturelle Verbesserungen*, bspw. die Fortführung der Zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei
- *Höhere Versorgungsausgaben*, die im Einzelplan erstmals die Milliardengrenze übersteigen
- *Vermehrte Ausgaben für Freie Heilfürsorge* für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte (3,48 Mio. EUR mehr)
- *Neue Planstellen und Stellen*

### **Stellenbestand**

Gegenüber 2012 (55.302) stehen per Saldo 71 Planstellen und Stellen mehr im Entwurf (55.373). 130 Planstellen und Stellen sind neu ausgebracht, 59 Planstellen und Stellen entfallen (Ab- und Umsetzungen vorwiegend zur Realisierung von kw-Vermerken).

### **Neue Planstellen und Stellen**

Im Entwurf sind 130 neue Planstellen und Stellen berücksichtigt. Diese verteilen sich wie folgt:

- Für die Bezirksregierungen sind 61 neue Planstellen und Stellen vorgesehen.
- Bei der Polizei sind 40 neue Planstellen etatisiert, um Kommissaranwärterinnen und -anwärter übernehmen zu können, wenn diese die Laufbahnprüfung bestanden haben. Die Planstellen sind zugleich kw zum Jahresende.
- 18 auf drei Jahre (vormals: zwei Jahre) befristete Stellen, um schwerbehinderte Menschen mit der Qualifizierung zu Verwaltungsfachangestellten einzustellen.
- Im Ministerium und im übrigen Geschäftsbereich sind elf neue Planstellen und Stellen etatisiert

### **Kw-Vermerke**

59 kw-Vermerke sind realisiert, 176 kw-Vermerke aus der 1,5%igen Stellenreduzierung mit Fälligkeit 2013 sind gestrichen (die korrespondierende Minderausgabe ist im

Entwurf berücksichtigt). Damit bleiben bspw. für die Polizei 43 und für die Bezirksregierungen 93 Stellen erhalten.

67 kw-Vermerke sind neu ausgebracht, hiervon: 40 bei der Polizei, achtzehn für die Stellen zur Einstellung schwerbehinderter Menschen, vier für die Stellen Stärkungspakt sowie fünf Vorbehalts-kw bei den Bezirksregierungen.

### **Einstellungsermächtigungen und Ausbildung**

Den Erfordernissen entsprechend sind Einstellungsermächtigungen und Stellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (gehobener und mittlerer allgemeiner Verwaltungsdienst, Referendariate, Vermessungstechnik, Umwelt- und Gewerbeverwaltung, Feuerwehrtechnik) etatisiert.

Die bedarfsdeckende Ausbildung von Beamtinnen und Beamten im mittleren und gehobenen Dienst führen wir fort.

Die Einstellungsermächtigungen bei der Polizei bleiben gegenüber den Jahren 2008 bis 2010 um 300 auf 1.400 erhöht. Damit verbessern wir die Altersstruktur der Polizei nachhaltig.

Insgesamt sieht der Entwurf 1.653 Einstellungsermächtigungen und über 300 Stellen für Auszubildende vor.

### **Sachhaushalt des Einzelplans**

Die Ansätze im Sachhaushalt liegen per Saldo um rund 96 Mio. EUR niedriger als 2012 und belaufen sich auf 1.143,38 Mio. EUR. Damit ist die im Haushalt 2012 aufgrund von Einmaleffekten zu verzeichnende Steigerung in etwa gleicher Höhe wieder ausgeglichen.

### **Sachhaushalt Polizei**

Das Investitionsvolumen (ohne Titelgruppe 61, Digitalfunk) sinkt wegen des Wegfalls von Einmaleffekten im Jahr 2012 (z.B. Beschaffung Funkstreifenwagen, Ausstattung von Neu- und Erweiterungsbauten, neues Dienstgebäude des LZPD) um 22,4 Mio. EUR.

Die sächlichen Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 5) - also das, was für den täglichen Betrieb aufgewendet werden muss - sind im Wesentlichen auf dem Niveau des Vorjahres überrollt.

Für den Aufbau des Digitalfunks sind der aktuellen Haushaltsunterlage folgend 68,9 Mio. EUR etatisiert (26,35 Mio. EUR weniger als 2012). Darüber hinaus sind die Kosten zur Anbindung der kommunalen Leitstellen an den Digitalfunk im Polizeikapitel wie im Kapitel Feuerschutz und Hilfeleistung berücksichtigt.

In den Entwurf 2013 (Verpflichtungsermächtigung) und in die Mittelfristige Finanzplanung sind die etatmäßigen Voraussetzungen zur Erneuerung der Hubschrauberflotte eingeflossen.

### **Projekt „Prävention Jugendkriminalität“**

Mit dem Projekt „Prävention Jugendkriminalität“ setzen wir die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission III um. Im Entwurf des Einzelplans sind insgesamt neun Mio. EUR etatisiert.

### **Feuerschutz und Hilfeleistung**

Die Landeszuschüsse an die Kommunen sind - u.a. wegen der Kosten für die Anbindung der kommunalen Leitstellen an den Digitalfunk - mit 17,32 Mio. EUR um rund 12,87 Mio. EUR niedriger veranschlagt als 2012. Tatsächlich können sie auf dem hohen Niveau der Vorjahre (rund 30 Mio. EUR) ausgezahlt werden.

Für die Erneuerung der Feuerlöschflotte ist ein erster Teilbetrag von 2 Mio. EUR vorgesehen.

### **Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge**

Aufgrund der weiterhin steigenden Zahl der Asylsuchenden sind die Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz um rund 10,28 Mio. EUR auf 64,31 Mio. EUR erhöht.

Im Übrigen sind die Ansätze im Asylkapitel gegenüber 2012 um 1,1 Mio. EUR erhöht.

### **Redaktioneller Hinweis**

Weder im vorliegenden Entwurf 2013 noch im Erläuterungsband konnten die Änderungen des Entwurfs 2012 im parlamentarischen Verfahren berücksichtigt werden. Deswegen ist in diesem Papier die 2012 erfolgte Einrichtung von 13 Stellen bei den Bezirksregierungen für den Stärkungspakt und der im Asylkapitel zusätzlich eingerichtete Titel 633 22 ebenfalls unberücksichtigt.